

Michael Nentwich

Wissenschaftliche Praxis im digitalen Zeitalter. Legistische Anmerkungen zum aktuellen österreichischen Urheberrecht

Abstract: Die Wissenschaft nutzt in immer größerem Ausmaß digitale Medien, nicht nur für die Kommunikation, sondern auch für Veröffentlichungen. Die Anpassung des österreichischen Urheberrechts an die neuen Medien, nicht zuletzt im Zuge der Umsetzung der EU-Info-Richtlinie, hat zwar teilweise Probleme der Anwendbarkeit des Rechts für Internetquellen gelöst, jedoch einige neue Zweifelsfragen aufgeworfen und andere unbeantwortet gelassen. Der vorliegende Beitrag systematisiert die Probleme aus Sicht der wissenschaftlichen Praxis und zeigt Lösungsansätze auf.

Deskriptoren: Cyber-Wissenschaft; Fernleihe; Info-Richtlinie; Intranet; Multimedia; Publikationen; elektronische; Urheberrecht; Urhebervertragsrecht, Zitatrecht.

Rechtsquellen: BG über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Kunst und über verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz-UrhG) BGBl 1936/111 idF zuletzt BGBl 2003/32: §§ 3, 4, 8, 9, 18, 18a, 40f, 42, 42a, 46, 54, 56b, 73f, 74, 76, 76a, 76c; Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.5.01 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (InfoRL), ABl 2001/L 167/10 idF ABl 2002/L 006/ 71: Art 2, 3, 5; Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst samt Anhang (Pariser Fassung) – RBÜ, BGBl 1982/319 idF BGBl 1985/133 und BGBl 1986/612: Art 3, 10; BG über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz – MG) BGBl 314/1981 idF BGBl 75/2000: §§ 43, 43a; dtUrhG: Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (dtUrhG), dt-BGBl I 1965, 1273 idF zuletzt dtBGBl 2003, 1774; dtBGBl 2004, 312: § 52a.

I. Einleitung¹⁾

Die Wissenschaft ist seit Jahren zugleich Motor und Nutzerin der neuen Medien. Forschung ist heute in praktisch keiner Disziplin mehr ohne das Internet vorstellbar.²⁾ Umso wichtiger sind klare, eindeutige und *praktikable* rechtliche Regelungen. Untersuchungen zeigen, dass hier große Unsicherheiten unter den Forschenden bestehen, die letztlich dazu führen, dass die potentiellen Vorteile der Internetnutzung für die wissenschaftliche Kommunikation nur zum Teil ausgeschöpft werden.³⁾ Wenngleich das geltende österreichische Urheberrecht in einigen Fällen zu adäquaten Lösungen führt, bestehen in anderen Fällen Rechtsunsicherheiten und Lücken. Die bisherigen Anpassungen des Rechts, sowohl auf EU-Ebene als auch in Österreich an das Internetzeitalter hatten die praktischen Erfordernisse wissenschaftlichen Arbeitens noch nicht im

Blick, während insb die Interessen der kommerziellen Musikindustrie eine wichtige treibende Kraft darstellten. Dieser Beitrag möchte dazu beitragen, das Augenmerk genau auf die Bedürfnisse der Wissenschaft lenken.

Die wesentlichsten urheberrechtlichen Probleme finden sich aus der Sicht der Forschung Treibenden im Zitatrecht (III), in Hinblick auf die Befugnisse der wissenschaftlichen Bibliotheken beim Umgang mit digitalen Materialien, insb im Intranet (IV) und im Urhebervertragsrecht (V). Auf alle diese Punkte wird in der Folge eingegangen, begonnen wird mit einem allgemeinen Punkt, nämlich der Problematik der Kommerzialisierung von Forschung (II).

II. Definition des Begriffs „Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke“

Da die Auslegung des österreichischen UrhG im Lichte der einschlägigen EU-Richtlinie geboten ist, müssten die Ausnahmetatbestände der freien Werknutzung in Hinblick auf Art 5 InfoRL interpretiert werden. Art 5 Abs 3 lit a erlaubt die Ausnahmemöglichkeit „für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung“ nur „soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist“.

Die Abgrenzung zwischen kommerzieller und nicht kommerzieller Forschung ist in Zeiten der Ausgliederung, eigener Budgets der Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie der damit verbundenen Ausrichtung auf Einnahmenerzielung (Drittmittelforschung) nicht mehr eindeutig. Unter welchen Umständen wäre etwa ein Forschungsinstitut, das zwar nicht Gewinn maximierend, aber dennoch nach kaufmännischen Gesichtspunkten kalkulieren muss, um seinen Forschenden eine Anstellung zu ermöglichen und zu sichern, als „kommerziell“ einzustufen? Wie steht es um die Universitätsverlage oder jenen der Akademie der Wissenschaften, der integraler Bestandteil einer in wachsendem Ausmaß drittmittelfinanzierten Forschungsinstitution ist?

Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollte festgeschrieben werden, dass wissenschaftliche Publikationen, auch wenn sie in solchen Forschungseinrichtungen erarbeitet werden und in einem wissenschaftlichen Verlag wie zB dem der Akademie erscheinen, als „nicht kommerziell“ anzusprechen sind. Dabei sollte die Auflagenhöhe keine Rolle spielen, ebenso wenig die vorübergehende (nicht geplante) Gewinnerzielung mit einzelnen wissen-

schaftlichen Publikationen, wenn insgesamt keine Gewinnorientierung vorliegt.

Das Justizministerium merkte zu dieser Forderung in einer Stellungnahme⁴⁾ an, dass es dem österreichischen Gesetzgeber rechtlich nicht möglich sei, hier eine gesetzliche Definition vorzunehmen, „die Rechtssicherheit auf Dauer bieten könnte“. Dies ist insofern richtig, als es letztlich natürlich der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist, der über die EU-weit einheitliche Auslegung entscheidet. Es ist jedoch nicht richtig und sollte aus legislativer Sicht auch nicht argumentiert werden, dass aufgrund einer eventuellen späteren Interpretation durch den EuGH, bereits jetzt kein Spielraum für den nationalen Gesetzgeber bestünde. Der österreichische Gesetzgeber hat sehr wohl die Möglichkeit, einen offensichtlich unbestimmten Rechtsbegriff wie den gegenständlichen zu spezifizieren, wenn dies erforderlich ist, um (zumindest vorläufige) Rechtssicherheit zu schaffen und die Bestimmung anwendbar zu machen.

Es handelt sich bei diesem Thema um eine essentielle, die Zukunft der wissenschaftlichen Forschung entscheidend prägende Interpretation, da davon abhängt, ob Forschung wirtschaftlich überlebensfähig bleibt. Es wäre nicht zweckmäßig, es „darauf ankommen zu lassen“. Die wissenschaftlichen Autorinnen und Autoren, Institute und Verlage müssen sich sicher sein, dass zumindest der österreichische Gesetzgeber auf ihrer Seite steht. Wenn die oben vorgeschlagene institutionelle – oder eine andere eindeutige – Abgrenzung (in den Erläuterungen zur Novelle und in eventuellen Stellungnahmen der EU-Kommission und dem EuGH gegenüber) gut begründet wird und eventuell auf EU-Ebene für eine solche, die Wissenschaft sichernde Auslegung Verbündete in anderen Mitgliedstaaten gesucht werden, steht zu erwarten, dass auch der EuGH und die Kommission dieser vernünftigen Auslegung gegenüber offen sein werden. Es wäre nicht der erste Fall in der Geschichte der Implementierung von EU-Richtlinien, dass ein Staat durch sein Umsetzungsgesetz eine vernünftige, praxisorientierte Richtlinienauslegung in Gang bringt.

III. Probleme im wissenschaftlichen Zitatrecht

Das wissenschaftliche Zitatrecht ist lückenhaft und bedarf der Klärung, insb in Hinblick auf die neuen technischen Möglichkeiten im Internet.

A. Das wissenschaftliche Großzitat

Das so genannte „große Zitatrecht“ ist nach geltendem Recht, also auch nach der Novelle 2003 des UrhG, an das „Erscheinen“ des zitierten Werks gebunden (§ 46 Z 2 UrhG). Ob im Internet zum Download zur Verfügung gestellte oder bei „Print on Demand“ vorgehaltene Dokumente als „erscheinen“

gelten, ist zurzeit unklar. Im Prinzip sollte das Zitatrecht wie im Fall des Kleinzitats auch hier gelten. Während es unstrittig erscheint, dass etwas im Internet zum Download zur Verfügung Gestelltes als „veröffentlicht“ gilt (§ 8 UrhG), umfasst der Wortlaut des § 9 Abs 1 UrhG das Publizieren im Internet nicht, da dort davon die Rede ist, dass „Werkstücke in genügender Anzahl feilgehalten oder in Verkehr gebracht worden sind“. Dies ist weder bei einer einzigen, zum Download vorgehaltenen Datei auf dem WWW-Server noch bei „Druck auf Abruf“ anzunehmen, da auch in letzterem Fall nur sukzessive Werkstücke erzeugt werden. Der Gesetzgeber der letzten Urheberrechtsnovelle hat es verabsäumt, das Zurverfügungstellen im Internet dem „Erscheinen“ gleichzusetzen. Aus Sicht des Zwecks der Bestimmung kann man zwar argumentieren, dass entgegen dem Wortlaut auch im Internet das Recht des Großzitats zur Anwendung kommen müsste. Das ist aber keineswegs eindeutig. Daher muss auf Grundlage des geltenden Rechts wohl davon ausgegangen werden, dass das Großzitat von Internetpublikationen nach österreichischem Recht derzeit nicht zulässig ist.

Die diesbezügliche Stellungnahme des BMJ⁵⁾ gibt dieser Einschätzung der Rechtslage recht, sucht die rechtspolitische Lösung des Problems jedoch in einer Anpassung des § 9 UrhG (wo das „Erscheinen“ definiert ist). Das BMJ sieht angesichts der über das Zitatrecht hinausgehenden Bedeutung dieser Bestimmung und des Zusammenhangs mit Art 3 Abs 3 RBÜ Probleme und rät daher von einer isolierten österreichischen Lösung ab. ME sollte hingegen § 46 novelliert werden, nicht der tatsächlich viel generelle § 9. Es ist durchaus denkbar, der Z 2 des § 46 einen zweiten Satz hintanzustellen, der in etwa so lauten könnte: „Dem Erscheinen ist in diesem Zusammenhang das zum Download im Internet zur Verfügung stellen bzw. das Vorhalten bei Print on Demand gleichzuhalten.“

Angesichts der potentiell großen wirtschaftlichen Bedeutung dieser Rechtsunsicherheit erscheint eine klare Regelung hier sinnvoll. Es wäre somit legislativ sicherzustellen, dass das große Zitatrecht auch für Internetpublikationen anwendbar ist.

B. Zitierung von unpubliziertem Material

Aus forschungspraktischer Sicht sollte das wissenschaftliche Zitatrecht nicht nur veröffentlichtes bzw. erschienenenes Material regeln, sondern auch den Umgang mit unpubliziertem Forschungsmaterial. Damit ist das für die Forschung relevante Material in Archiven und Nachlässen, die dem Urheberrecht prinzipiell unterliegen, gemeint. Regelungsbedürftig ist insbesondere, dass bei *unbekannten oder nicht (mehr) eruierbaren Urhebern* oder Leistungsschutzberechtigten dennoch das wissenschaftliche Zitatrecht greifen kann. Dies ist beispielsweise bei

Tonaufnahmen von anonym gebliebenen Menschen bedeutsam, etwa im Zuge ethnologischer Forschungen.⁶⁾

Das BMJ⁷⁾ verweist hierzu richtigerweise auf die mögliche Inkompatibilität mit Art 10 Abs 1 RBÜ, der die Zulässigkeit eines Zitats an die vorherige Veröffentlichung der Quelle knüpft. Es ist jedoch gerade das Recht auf Erstveröffentlichung des Urhebers für die Forschung mitunter problematisch. Aus Sicht der Wissenschaft geht es gar nicht darum, dieses Recht einzuschränken, sondern gerade für jene Fälle Vorsorge zu treffen, in denen die Urheber unbekannt bzw nicht oder nur mit enormem Aufwand eruierbar sind.

C. Multimedia-Zitate

Wissenschaftliche Publikationen mit multimedialen Elementen (Audio- und Videosequenzen, virtuelle Realität) werden immer häufiger. Ein weiteres Anwachsen solcher multimedial angereicherten Veröffentlichungen steht zu erwarten. Die neuen Möglichkeiten der Wissensrepräsentation sind in manchen wissenschaftlichen Disziplinen sehr attraktiv (Ethnologie, Geschichte, Politikwissenschaft etc.).⁸⁾ Im Multimedia-Bereich fehlt jedoch eine zum Text- und Tonzitat analoge Regelung des Filmzitats. Sprachwissenschaftliche, musikwissenschaftliche, musikethnologische und dgl Publikationen im Internet können ohne Videobeispiele nicht mehr auskommen.

Das BMJ⁹⁾ geht davon aus, dass alle Werkkategorien vom großen Zitatrecht erfasst wären. Für diese Interpretation müsste § 54 Abs 1 Z 3a (Zitatrecht bildende Kunst) auch Filme umfassen. Zwar schließt § 3 (Definition der bildenden Kunst) ausdrücklich „Werke der Lichtbildkunst“ ein, damit sind jedoch Photographien gemeint. Für Werke der Filmkunst gibt es eine eigene Definition in § 4 und eigene Regeln, nämlich Leistungsschutz gem § 73f.¹⁰⁾ Ob tatsächlich alle für Multimedia relevante Werkkategorien erfasst sind, ist dennoch nicht eindeutig. *De lege ferenda* wäre eine Überarbeitung der Terminologie des UrhG dahingehend anzustreben, dass explizit die neue Werkkategorie „Multimedia“ einbezogen wird.

D. Editionen

Es sollte überlegt werden, Regeln für die *Wissenschaftlichkeit* von Editionen (§ 54 UrhG: Verzeichnissen von Sammlungen von Werke der bildenden Künste) zu finden, um die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen wissenschaftlichen und anderen Werken in Hinblick auf das Zitatrecht zu erleichtern und Rechtssicherheit zu schaffen.

Der diesbezüglichen Argumentation des BMJ¹¹⁾ ist zwar recht insofern recht zu geben, dass es für den Gesetzgeber schwierig wäre den Begriff der

„Wissenschaftlichkeit“ (ähnlich dem der „Kunst“) zu definieren. Möglich wäre hingegen eine generelle Umschreibung (zumindest in den Erläuterungen), die einerseits auf die institutionelle Einbindung des/der Herausgeber/innen in der Wissenschaft, die übliche (geringe) Auflagenhöhe für wissenschaftliche Publikationen und die mangelnde Gewinnabsicht, andererseits auf die bei Ausstellungskatalogen anders gelagerte Interessenskonstellation abstellt. Zwar ist es, wie das BMJ anmerkt, auch eine Aufgabe der Wissenschaft selbst zu definieren, was wissenschaftlich ist und was nicht. Andererseits ist die aktuelle Situation, dass bis zu einem eventuellen Gerichtsverfahren Unklarheit besteht, höchst unbefriedigend.

E. Vereinheitlichung des Zitatrechts

Die teilweise unsystematischen und uneinheitlichen Regelungen hinsichtlich des Zitatrechts bei *Leistungsschutzrechten* sollten mE mit dem Ziel überarbeitet werden, der Wissenschaft in vergleichbarem Ausmaß wie beim Urheberrechtsschutz Zitatrechte einzuräumen. Dies betrifft zB die Rechte an Produkten der darstellenden Kunst, an Lichtbildern, Schallträger, Rundfunksendungen, sowie an nachgelassenen Werken, Briefen und Datenbanken.¹²⁾

Aus rechtspolitischer Sicht ist eine Bereinigung und Vereinheitlichung wünschenswert. Insgesamt wäre eine *Vereinheitlichung und Vereinfachung des Zitatrechts für alle Medien*, egal ob es sich um Urheber- oder um Leistungsschutz handelt, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Praxis des wissenschaftlichen Arbeitens anzustreben. WissenschaftlerInnen sind in aller Regel keine Rechtsgelehrten. Daher ist eine möglichst einfache, klare und zugängliche Regelung anzustreben. Die *Kostenfreiheit* des wissenschaftlichen Zitats sollte jedenfalls für *alle Medien* sichergestellt werden.

IV. Bibliotheksspezifische Bedürfnisse der Wissenschaft

Es bedarf der Anpassung bzw Ergänzung der spezifischen Regelungen für Bibliotheken, um diese in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben nachzukommen, und um die effiziente Nutzung des Internets in der Wissenschaft sicherzustellen.¹³⁾

A. Zurverfügungstellung von geschützten Materialien im Intranet

Nach geltendem Recht liegt bei einer Zurverfügungstellung von geschützten Materialien (zB Text-, Bild- und Tondateien) in einem wissenschaftlichen *Intranet*, dh für einen geschlossenen Benutzerkreis, möglicherweise bereits eine Urheberrechtsverletzung vor. Die Zulässigkeit hängt in der Regel vom Einzelfall ab: Erfolgte der Zugriff auf den Original-

server aufgrund einer entgeltlichen Lizenzvereinbarung mit, zum Beispiel, dem Zeitschriftenverlag, so überschreitet die Zurverfügungstellung auf einem Intranetserver mit größter Wahrscheinlichkeit die Nutzungsberechtigung. Bei unentgeltlicher Zugriffsmöglichkeit auf den Originalserver könnte die angesprochene Vorgehensweise durch das Vervielfältigungsrecht zu Forschungszwecken gedeckt sein. Die Weitergabe von (einzelnen) Kopien von wissenschaftlichen Zeitschriftenartikeln ist vermutlich durch das Vervielfältigungsrecht zu Forschungszwecken gedeckt. Diese Sonderform der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch ist in § 42 Abs 2 UrhG geregelt und sieht vor, dass jedermann auch auf anderen Trägern, zB digitale Dateien auf Disketten, CD-ROM etc, Kopien zum eigenen Gebrauch zu Zwecken der Forschung herstellen darf – solange dies nicht zur Verfolgung kommerzieller Zwecke geschieht. Ob damit in der Tat sowohl eine Vervielfältigung durch Internet erfasst ist und ob es sich beim Anbot über ein Intranet, zu dem etwa die MitarbeiterInnen eines mittelgroßen Forschungsinstituts Zugang haben, noch um „einzelne Vervielfältigungsstücke“ handelt, ist jedoch unklar.

Wenn dies nicht möglich wäre, müsste man von einer eklatanten Behinderung des reibungslosen und effizienten Gebrauchs der neuen Medien durch die Wissenschaft sprechen. Es sollte klargestellt werden, dass in rein wissenschaftlichen Intranets, dh bei nur auf die Angehörigen einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe *beschränkter Zugangsmöglichkeit*, das Anbieten von digitalen Inhalten kein „der Öffentlichkeit Zurverfügungstellen“ (iSd § 18a UrhG) darstellt. Die zulässige Größe der Arbeitsgruppe sollte den Erfordernissen der wissenschaftlichen Praxis entsprechen und keine willkürliche Begrenzungen vorsehen.

Der Argumentation des BMJ,¹⁴⁾ dass eine Einschränkung des § 18a Gefahr liefe, dem Art 3 der InfoRL zu widersprechen, kann nicht gefolgt werden. Art 5 Abs 3 lit a sieht explizit die Möglichkeit vor, „für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung“ „Ausnahmen oder Beschränkungen in Bezug auf die in den Artikeln 2 und 3 vorgesehenen Rechte“ vorzusehen. Es besteht hier also eindeutig nationaler Handlungsspielraum, der mE ausgenutzt werden sollte, um nicht die wissenschaftliche Arbeit zu behindern.

Das BMJ verweist weiters auf die Judikatur zum Begriff der „Öffentlichkeit“ gem § 18. Es liegt in der Tat nahe, diese Rechtsprechung auch auf den neuen § 18a anzuwenden. Diese Judikatur enthält ein paar Leitsätze¹⁵⁾ und eine Reihe von Einzelfallentscheidungen. Weder in Bezug auf die international kooperierende Wissenschaft noch auf § 18a wurde das jedoch schon ausjudiziert, sodass von einer erheblichen Rechtsunsicherheit gesprochen werden muss. Es ist einfach nicht klar, wo die Grenzen zur Öffentlichkeit überschritten wären: schon bei der

Zurverfügungstellung digitaler Materialien im Netzwerk eines 15-Personen-Instituts oder etwa erst beim Intranet der Dachinstitution (etwa der Akademie für alle Forschungseinheiten). Auch in letzterem Fall gibt es sehr gute Gründe, das Internet zu nutzen.

Was auf Ebene der kleinen Forschungsgruppenintranets bereits problematisch ist, wird auf Ebene der Bibliotheken und Sammlungen noch wichtiger. Diesen sollte das Recht eingeräumt werden, digitale Archivierungsstücke nicht nur „sukzessive“ (§ 56b UrhG) einer eingeschränkten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sondern unter Ausnutzung der neuen Technologien im Intranet „einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen für deren eigenen Gebrauch zum Zwecke der Forschung“ (gleichzeitig) zugänglich zu machen.

Der gegenwärtige Zustand ist äußerst unbefriedigend, weil unpraktisch und nicht zeitgemäß. Die sukzessive Zurverfügungstellung läuft darauf hinaus, dass das Internet überhaupt nicht verwendet werden kann und stattdessen die Forschenden zu einem bestimmten PC in der Bibliothek pilgern müssen, um Zugriff zu erhalten. Übrigens sieht der neue § 52a Abs 1 des deutschen UrhG bereits eine entsprechende Intranetlösung vor.¹⁶⁾

B. Digitale Fernleihe

Die Rechtsunsicherheit hinsichtlich der digitalen Fernleihe für Zwecke der Forschung sollte beseitigt werden: § 42 Abs 2 UrhG (Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch) iVm § 42a (auf Bestellung durch die Bibliothek) ermöglicht laut Justizausschuss¹⁷⁾ das Einscannen und Verschicken in digitaler Form von Zeitungsausschnitten. Es besteht jedoch Rechtsunsicherheit, ob dies per Analogieschluss auch auf wissenschaftliche Zeitschriftenartikel übertragbar ist, da sich der Gesetzgeber dazu nicht geäußert hat.

Darüber hinaus sind die diesbezüglichen Anmerkungen des Justizausschusses durch die nachher erfolgten Abänderungen nicht mehr direkt anwendbar. Es wäre hilfreich, wenn hier eine eindeutige Regelung getroffen würde, damit nicht erst auf dem Prozesswege Klarheit geschaffen wird. Es muss betont werden, dass diese moderne Form der Dokumentenlieferung entscheidende Vorteile für wissenschaftliche Bibliotheken und Forschende bringt, die nicht aufgrund der bestehenden Rechtsunsicherheit aufs Spiel gesetzt werden sollten.

Auch die Stellungnahme des BMBWK zum Entwurf der UrhG-Nov 2002¹⁸⁾ bedauert übrigens die Nicht-Umsetzung des diesbezüglichen Vorschlags der VÖB. Das Wissenschaftsministerium verweist auch darauf, dass eine explizite Regelung dieser Problematik aufgrund von Art 5 Abs 2 lit c InfoRL durchaus zulässig wäre.

C. Langzeitarchivierung

Die nachhaltige und dauerhafte Zugänglichkeit aller wissenschaftlichen Publikationen, zumindest jener, die irgendwo, irgendwann in der formellen wissenschaftlichen Kommunikation eine Rolle gespielt haben, weil auf sie Bezug genommen wurde, dh weil sie in einem anderen wissenschaftlichen Werk zitiert wurden, ist essentiell.

Die zumindest mittelfristige Archivierung wird zurzeit im Wesentlichen, wenn überhaupt, dezentral durch Verlage und Forschungsinstitutionen vorgenommen. Für die langfristige Archivierung gibt es in Österreich noch keine der Ablieferungsverpflichtung bei Printpublikationen vergleichbare Regelung (vgl § 43 MG). Zwar wurde durch die Novelle 2000 die Verpflichtung zur Ablieferung von Druckwerken an die Österreichische Nationalbibliothek auch auf sonstige Medienwerke (mit Ausnahme der Schallträgern und Trägern von Laufbildern) ausgedehnt (§ 43a MG). Damit sind nun auch bestimmte elektronische Medien in eine Pflichtablieferung einbezogen, nämlich jene, die auf einem festen Datenträger erscheinen (sog Offline-Medien wie etwa CD-ROMs). Eine entsprechende Regelung für Online-Dokumente steht hingegen noch aus. Aufgrund der Bedeutung der Erhaltung des zitierten und zitierfähigen Korpus wissenschaftlicher Literatur ist aus wissenschafts- und rechtspolitischer Sicht eine baldige Einfügung eines neuen § 43b MG für reine Internetpublikationen anzustreben.

D. Spezialfall Musikuniversitäten

Unmittelbar und massiv betroffen sind die Musikuniversitäten durch die jüngst erfolgte Novelle des § 42 Abs 8 UrhG, die die freie Werknutzung für *Musiknoten* abgeschafft hat. Mit dieser Regelung ist der praktische Betrieb an Lehrstätten für Musik in Frage gestellt. Dies kann entweder durch eine gleichzeitig massive Erhöhung der Budgets zum Ankauf von Musiknoten oder durch die Rücknahme der Änderung dieser Bestimmung gelöst werden.¹⁹⁾

V. Schutz wissenschaftlicher Autoren im Urhebervertragsrecht

Der Gesetzgeber sollte für die Gestaltung von Verträgen zur Übertragung von Nutzungsrechten an Verlage Schutzbestimmungen und unabdingbare *Mindeststandards* formulieren, um die Verhandlungsposition wissenschaftlichen Autoren zu verbessern.

Das BMJ²⁰⁾ merkt hierzu an, dass es bereits im vorangegangenen Ministerialentwurf einige einschlägige vertragsrechtliche Bestimmungen vorgeschlagen hätte, die jedoch auf Widerstand seitens der Filmindustrie gestoßen sein. Abgesehen davon, dass die Filmindustrie nur ganz selten Vertragspart-

ner von WissenschaftlerInnen ist, geht es hier vor allem um den Schutz von AutorInnen wissenschaftlicher Publikationen, also vor allem von Büchern und Zeitschriftenartikeln.

Hier ist festzuhalten, dass es in diesem Bereich – ähnlich dem Verhältnis zwischen Handel bzw Dienstleistungsbetrieben und VerbraucherInnen – große wirtschaftliche Marktmachtungleichgewichte zwischen Verlagen und wissenschaftlichen AutorInnen gibt. Es ist heute zumeist so, dass wissenschaftlichen AutorInnen Standardverträge vorgelegt werden und signalisiert wird, dass keinerlei Verhandlungsspielraum bestünde. Diese Verträge enthalten typischerweise Klauseln, die im Ergebnis dazu führen, dass die AutorInnen über ihre eigenen geistigen Leistungen praktisch überhaupt nicht mehr verfügen können, weder jetzt noch in Zukunft. Es gibt sogar Generalklauseln, die auch eventuell noch zu erfindende Nutzungsarten bereits im Vorhinein übertragen. Ja selbst das Recht der AutorInnen auf *Selbstarchivierung*, dh das Uploaden der digitalen Kopien eines Aufsatzes auf die mittlerweile in praktisch allen wissenschaftlichen Fächern verbreiteten Offenen Archive, wird oft verweigert.

Angeichts des wirtschaftlichen Ungleichgewichts, das letztlich auch – zumindest im deutschsprachigen Raum – nur in Ausnahmefällen zur finanziellen Kompensation der AutorInnen führt (hingegen oftmals dazu, dass sogar Veröffentlichungszuschüsse in großer Höhe organisiert werden müssen), ist die gesetzliche Umschreibung von Mindestrechten für AutorInnen, flankiert durch eine Kontrollmöglichkeit für die Standardverlagsverträge, etwa im Wege der Verbandsklage (durch wissenschaftliche Fachgesellschaften), erstrebenswert.

VI. Schlussbemerkung

Das sich durch alle oben genannten Problemfelder ziehende Leitthema ist das Bedürfnis der Wissenschaft nach *Rechtssicherheit*. Da die Forschung in Zeiten zunehmender Kommerzialisierung immer mehr auf die Märkte gedrängt wird, Dienstleistungen zukaufen und selbst anbieten muss, damit zumindest ausgeglichene Budgets möglich werden, ist Rechtssicherheit mE ein berechtigtes Anliegen. Es sei betont, dass es hier potenziell um enorme Summen geht. Zitate beispielsweise sind das tägliche Brot der Wissenschaft – wenn für jedes Zitat Tantiemen fließen müssten, wäre Forschung ziemlich rasch unfinanzierbar.

Die neuen Möglichkeiten, die durch das Internet, nicht zuletzt unter maßgeblicher Beteiligung von Teilen der Wissenschaft geschaffen wurden, sollten nicht ungenutzt bleiben. Solange sich der Gesetzgeber auf die prinzipielle Fortgeltung der freien Werknutzungen für Zwecke der Forschung versteht – und gerade die EU-Richtlinie anerkennt dieses Grundprinzip –, sollten die Nutzung des Internets

für Forschungszwecke nicht deswegen behindert werden, weil die Regeln nicht eindeutig genug formuliert sind.

Korrespondenz: Univ.-Doz. Mag. Dr. Michael Nentwich, Institut für Technikfolgen-Abschätzung, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Strohgasse 45/5, 1030 Wien, Österreich; e-mail: mnent@oeaw.ac.at.

¹⁾ Dieser Beitrag fußt auf einer Stellungnahme des Autors im Rahmen der Urheberrechts-Enquete des Nationalrats am 16.10.2003 und auf den Recherchen zu den Antworten auf häufig gestellten urheberrechtliche Fragen für rechtliche Laien, online publiziert in *Nentwich/Reis*, FAQ e-Urheberrecht für die Praxis der Wissenschaft (2004) www.oeaw.ac.at/personalwesen/e-urh_FAQ/.

²⁾ Vgl. *Nentwich*, Cyberscience – Research in the Age of the Internet (2003).

³⁾ *Nentwich* (FN 2) 353 und 471.

⁴⁾ *Bundesministerium für Justiz* (BMJ), GZ 8.117/54-I.4/2003 v 29.8.2003. Mein Beitrag versteht sich nicht als legistische Replik auf die Stellungnahme des Ministeriums. Ich gehe nur beispielhaft auf die dortige Argumentation ein um klarzumachen, dass die rechtliche Situation keineswegs eindeutig ist und es durchaus rechtspolitischen Spielraum gibt. Es liegt am Nationalrat und der Legistik, die Probleme für die Praxis zu lösen. Hier werden nur mögliche Lösungsansätze aufgezeigt.

⁵⁾ *BMJ* (FN 4).

⁶⁾ Solche Tondokumente sind etwa im Phonogrammarchiv der Österreichischen Akademie der Wissenschaft verfügbar.

⁷⁾ *BMJ* (FN 4).

⁸⁾ *Nentwich* (FN 2) 313 ff.

⁹⁾ *BMJ* (FN 4).

¹⁰⁾ *Dillenz*, Das Filmzitat im österreichischen Urheberrecht, RfR 1987, 30, kommt übrigens trotz des Fehlens expliziter Regeln für Zitate aus Filmwerken zu dem Schluss, dass auch im österreichischen Recht die Grundsätze der Zitierfreiheit für Filme anzuwenden seien; aA *Ulmer*, Zitate in Filmwerken, GRUR 1972, 323.

¹¹⁾ *BMJ* (FN 4).

¹²⁾ Das *BMJ* (FN 4) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass für viele Leistungsschutzrechte über Querverweise ein Zitatrecht für die Wissenschaft ableitbar ist. Das ist in der Tat der Fall. Für Lichtbilder etwa verweist § 74 Abs 5 auf die Zitatregelung für Werke der bildenden Künste (§ 54 Abs 1 Z 3a). Oder noch indirekter: Für Schallträger ordnet § 76 Abs 6 die „entsprechende Geltung“ des eben genannten § 74 Abs 5 an und damit indirekt des § 54 Abs 1 Z 3a. Gleichartig die Regelung für Rundfunksendungen im § 76a Abs 5, der ebenfalls indirekt auf die Regelung für Werke der bildenden Künste verweist. Für Datenbanken (§ 76c bzw § 40f) gibt es hingegen kein Zitatrecht iS, sondern ein eingeschränktes Vervielfältigungsrecht.

¹³⁾ Siehe dazu schon *Vereinigung Österreichischer Bibliothekarinnen und Bibliothekare* (VÖB, Arbeitsgruppe „eUrheberrecht“), Vorschlag für die freie Werknutzung für Einrichtungen, die Werkstücke sammeln, zur Vorlage für die parlamentarische Enquete zur Reform des Urheberrechts v 17.9.2003, <http://voeb.uibk.ac.at/texte/arbapap.pdf> und VÖB, Überlegungen für den Umgang mit dem elektronischen Urheberrecht an Bibliotheken (2003) <http://voeb.uibk.ac.at/texte/ueberlegungen.pdf>. Diese Vorschläge gehen über die oben im Text erwähnten teilweise

hinaus und betreffen ua auch Digitalisierungsprojekte, das Digital Rights Management und den eigenen Gebrauch von Tondokumenten.

¹⁴⁾ *BMJ* (FN 4).

¹⁵⁾ ZB: „Für die Öffentlichkeit einer Wiedergabe iS des § 18 reicht es aus, dass sie für eine Mehrzahl von Personen bestimmt ist, deren Kreis nicht bestimmt abgegrenzt ist und die nicht durch gegenseitige Beziehungen oder durch Beziehungen zum Veranstalter persönlich miteinander verbunden sind. In Zweifelsfällen sind Ausnahmen vom ausschließlichen Aufführungs- (Vortrags- und Vorführungs-)recht des Urhebers eng auszulegen. Für die Frage des Vorliegens einer öffentlichen Aufführung iS § 18 ist die räumliche Gemeinsamkeit der Personen, denen ein Werk vermittelt wird, nicht entscheidend.“ (OGH 17.6.1986, 4 Ob 309/86)

¹⁶⁾ Die deutsche Bestimmung lautet: „Zulässig ist (...) veröffentlichte Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften ausschließlich für einen bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen für deren eigene wissenschaftliche Forschung öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zu dem jeweiligen Zweck geboten und zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist.“ (Herv MN)

¹⁷⁾ 51 BlgNR XXII. GP, 2.

¹⁸⁾ *Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst* (BMBWK), Ressortstellungnahme zur Urheberrechtsgesetz-Novelle 2002, ZI 14.322/3-Z/A/11/2002 v 20.9.2002.

¹⁹⁾ *Becke* (Universität für Musik und darstellende Kunst Graz), Stellungnahme der Musikuniversitäten im Rahmen der Urheberrechtsenquete (2003).

²⁰⁾ *BMJ* (FN 4).